

# BERICHT AUS DÜSSELDORF

## DER NEWSLETTER VON SARAH PHILIPP



### IN DIESER AUSGABE

**Brexit-Referendum** | Seite 2

**8. Jugend-Landtag: Stärkung politischer Bildung** | Seite 2

**Ausschussexpedition in die Schweiz** | Seite 3

**Erhöhung der Wohnraumförderung** | Seite 3

**Plenarreden im Juli** | Seite 4

**WhatsApp-Sprechstunde** | Seite 4

**Milliarden für Schulsanierungen in den Kommunen** | Seite 4

**Fraktion vor Ort: Vom Flüchtling zum Nachbarn** | Seite 5

**DiskutierBar: Gewaltbereiter Extremismus** | Seite 5

**Fraktion im Dialog** | Seite 6

**Besuch bei der GfB** | Seite 6

**Ruhrkonferenz: Tradition neu denken** | Seite 7

**Strafverfolgung von Intensivtätern** | Seite 7

**Meine Rubrik** | Seite 8

**Parlamentarisches Lexikon** | Seite 8

**Impressum** | Seite 8

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Duisburg erhält 5,86 Mio. Euro aus dem Städtebauförderprogramm von Land, Bund und der Europäischen Union. Das ist für Duisburg eine wirksame Hilfe, um mit Investitionen die Lebensqualität und das Zusammenleben zu verbessern. Im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ fließen rund 3,4 Mio. € nach Hochheide u.a. für den Grunderwerb, den Abbruch und die Herichtung des Quartiers. Für die Innenstadt stehen 1,1 Mio. € u.a. für den Umbau des Kantparks und Verfügungsfonds bereit. Ebenfalls wieder gefördert werden die Stadtteile Hochfeld (546.000 €), Marxloh (473.000 €) und Laar (302.000 €) zur Standortaufwertung und das Stadtteilmanagement. Damit zeigt die Landesregierung einmal mehr, dass sie weiß, wo der Schuh drückt. Auch die inhaltliche Ausrichtung des Programms ist richtig: Der soziale Zusammenhalt

wird mit gezielten Maßnahmen in Wohnquartieren gefördert. Zugleich wird so die regionale Wirtschaft unterstützt. Die Fördermittel ermöglichen ein Vielfaches an weiteren Investitionen. Das ist ein gutes und nachhaltigeres Konjunkturprogramm für unsere Städte und Gemeinden. Es verbessert die Attraktivität unserer Städte, ihre Aufenthalts- und Lebensqualität für alle Menschen und hilft denen, die Hilfe besonders bedürfen. Letztlich sichert es auch Arbeitsplätze vor Ort, vom Handel bis zur Bauwirtschaft. Hinzu kommt das von Hannelore Kraft angekündigte Sanierungsprogramm für unsere Schulen mit rund 2 Milliarden Euro. Damit wird deutlich: Wir sind und bleiben ein starker Partner für die Kommunen und investieren in Bildung. Ich wünsche eine interessante Lektüre meines Newsletters und eine schöne Sommerzeit!

### Zitat

*Sarah Philipp*

**„Mit dem Programm "Gute Schule 2020" wollen wir die Schulen in den kommenden vier Jahren fit für die Zukunft machen“**

**Ministerpräsidentin Hannelore Kraft**

# Brexit-Referendum

## Die Folgen des Brexit für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen?

Wer schon heute behauptet die Folgen des Brexit in Gänze voraussagen oder gar beziffern zu können, hat offenbar die Tragweite und Komplexität dieser Zäsur nicht erfasst. So scheint das wirtschaftspolitische Konzept einiger Akteure in der Opposition des Landtags derzeit in Panikmache und Schlechtreden unseres Bundeslandes zu bestehen. Dabei steht fest: NRW ist und bleibt ein starkes Land. Mit produzierten Gütern und Dienstleistungen für rund 645 Mrd. Euro sind wir mit Abstand das nach wie vor wirtschaftsstärkste Bundesland. Wir sind Rekordhalter unter den Bun-

desländern bei ausländischen Direkt-Investitionen. Mit den industriepolitischen Leitlinien des NRW-Wirtschaftsministers setzen wir die richtigen Impulse für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftsstandortes. Und auch mit den umfassenden Investitionen für den weiteren Breitbandausbau und in die Verkehrsinfrastruktur verfolgen wir unsere langfristig orientierte Strukturpolitik. Hier sind keine Schnellschüsse gefragt, sondern Besonnenheit und ein langer Atem. Diese Strategie führen wir auch im Falle des Brexit weiter fort: Wirtschaftsminister Garrelt Duin

hat angekündigt, Unternehmen, die wegen der negativen Auswirkungen des Referendums ihren Firmensitz auf das europäische Festland verlagern zu wollen, in NRW „einen roten Teppich“ aus-



breiten zu wollen. Diese lösungsorientierte Strategie gilt es weiter zu verfolgen.

## 8. Jugend-Landtag: Stärkung politischer Bildung

### Timur Beckmann aus Duisburg hat am diesjährigen Jugend-Landtag teilgenommen

Timur Beckmann hat mich beim diesjährigen Jugend-Landtag 2016 im Landtag vertreten. Er ist Schüler am Landfermann-Gymnasium und bei den Jusos aktiv. Nun nahm er meinen Abgeordnetenplatz ein und erhielt vom 23. bis 25. Juni Einblicke in die Arbeit des Landtags. Die Jugend-Parlamentarier haben sich für eine Stärkung des Interesses an Politik bei Schülerinnen und Schülern ausgesprochen. Sie beschlossen in der Plenarsitzung zwei Anträge zur „Ermöglichung eines Gesellschaftlichen Abiturs“ und zur „Einführung eines ver-

pflichtenden Projektes zu Politik an Schulen“. Der Beschluss zur „Ermöglichung eines Gesell-



schaftswissenschaftlichen Abiturs“ wurde mit großer Mehrheit

angenommen. Er sieht die Möglichkeit eines gesellschaftswissenschaftlichen Schwerpunkts beim Abitur vor. „Ich interessiere mich von klein auf für die Kommunal- und Landespolitik. Aber natürlich auch für das Tagesgeschehen in der Bundespolitik und der internationalen Politik. Das Interesse hat sich bei mir ursprünglich durch die aktive Arbeit meines Vaters in der SPD entwickelt. Diese wurde aber später durch meine eigene Arbeit im Ortsverein und bei den Jusos verstärkt“, begründet Timur Beckmann sein Interesse für Politik.

## Ausschussreise in die Schweiz

### Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr in Bern

In der Woche vom 20.–24. Juni war ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zu einer Ausschussreise in Bern in der Schweiz unterwegs. Zum Auftakt unserer Reise stand dabei am Montag zunächst ein Treffen mit Schweizer Bundesparlamentariern und dem deutschen Botschafter auf dem Programm. Fachpolitischen Austausch sollte es ab Dienstag geben. Unter anderem hatten wir an diesem Tag Gelegenheit, uns mit Vertretern des schweizerischen Bundesamtes für Straßen und Verkehr sowie zum Thema Bahnhöfe und deren strategischer Ausrichtung und Entwicklung auszutauschen. Auch der Mittwoch sollte ganz im Zeichen des Bahnverkehrs stehen: Nachdem wir eine interes-

sante inhaltliche Einführung zur Funktionsweise des schweizerischen Bahnverkehrs erhalten hatten, ging es zu einer Besichtigung des etwa 14 Kilometer langen Lötschenbergtunnels.

Den Donnerstag nutzten wir um



aus Schweizer Perspektive auf ein anderes Themenfeld unseres Ausschusses zu blicken: Bei einer Besichtigung eines Wohnungsbauprojekts informierten wir uns

über die Wohnraumförderung der Stadt Bern.



Bevor es am Freitag mit vielen Eindrücken und Impulsen für unsere Arbeit im Landtag zurück in die Heimat ging, nutzten meine Kollegen der SPD-Fraktion und ich noch die Gelegenheit, im Zentralsekretariat unserer Genossinnen und Genossen der Schweizer SP vorbeizuschauen. Vor dem Eindruck des Referendums in Großbritannien am Vorabend tauschten wir uns hier vor allem zu europapolitischen Themen aus.

## Erhöhung der Wohnraumförderung

### Mehr Menschen in NRW profitieren von der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus

Das nordrhein-westfälische Landeskabinett hat das Volumen der Wohnraumförderung für 2016 und 2017 von ursprünglich geplanten 800 Millionen Euro auf 1,1 Milliarden Euro aufgestockt. Davon können mehr bezahlbare Wohnungen entstehen und somit mehr Menschen von den Förderungen im Sozialen Wohnungsbau profitieren. Der soziale Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen hat wieder deutlich zugelegt und ist ein Erfolgsmodell. Priorität hat für uns

der Neubau von bezahlbaren Mietwohnungen. Mit der jetzt beschlossenen Aufstockung des Wohnraumförderprogramms auf 1,1 Milliarden Euro haben wir die guten Rahmenbedingungen nochmals bis zum Ende der Legislaturperiode verbessert. Davon werden mehr Menschen in unserem Land profitieren, weil neuer, qualitativ hochwertiger Wohnraum zu bezahlbaren Mieten geschaffen werden kann. Die verbesserten Förderbedingungen wirken bereits jetzt: 2015

wurden in Nordrhein-Westfalen rund 37 Prozent mehr geförderte Wohnungen gebaut als 2014. Damit haben wir die Trendwende im Sozialen Wohnungsbau geschafft.



## Plenarreden im Juli

### Mietpreisbremse statt Eigenheimförderung

In meinen Plenarreden am 07. und 08. Juli habe ich mich für die Beibehaltung der Mietpreisbremse, deren Abschaffung die FDP will, und gegen die CDU-Forderung einer Ausweitung der Eigenheimförderung ausgesprochen. Wir haben im Bereich der Eigenheime weiter eine stark rückläufige Tendenz, was den Abruf von Fördermitteln angeht. Im Jahr 2015 wurden lediglich 40 % der möglichen Fördersummen ausgeschöpft. Das waren noch mal 21,2 % weniger als im Vorjahr. Dennoch wird angesichts eines für Investoren attraktiven Zinsniveaus mehr gebaut. Die Frage lautet daher: Warum sollte der Staat womöglich eingreifen? Wo sind

die Bedingungen so, dass eine Ausweitung der Förderung Sinn macht und gerechtfertigt ist? Die Antwort lautet: Bei der Eigenheimförderung angesichts der sinkenden Nachfrage sicherlich



nicht! Wir haben es mit ganz anderen Phänomenen zu tun: Die Menschen zieht es verstärkt in die Städte und Ballungsräume, wo

die Infrastruktur gut ist, aber eben auch der Wohnungsraum knapp wird.

Das „Häuschen im Grünen“ ist längst kein Sehnsuchtsort mehr. In schrumpfenden Regionen immer noch weiteren Flächenverbrauch zu betreiben und Baugebiete auszuweisen ist absurd. Deshalb ist es richtig, dass die rot-grüne Landesregierung aufgrund des Zuzugs in die Städte mit der Städtebau- und Wohnraumförderung wichtige Instrumente massiv gestärkt hat. Damit die profitieren, die darauf angewiesen sind: Familien, die zunehmend in den Städten auf Wohnungssuche sind, aber auch Gering- und Normalverdiener.

## WhatsApp-Sprechstunde

### Bereits über 115 Abonnenten informieren sich über meinen WhatsApp-Service

Am 3. Juni habe ich erstmals eine WhatsApp-Sprechstunde angeboten. Den Nachrichtendienst benutze ich seit einigen Monaten, um Bürgerinnen und Bürger direkt zu informieren. Mir ist es wichtig, fortlaufend über meine Arbeit im Düsseldorfer Landtag und im Wahlkreis in Duisburg zu berichten. Ich freue mich sehr, dass sich bereits über 115 Interes-

sierte für meine Whatsapp-Nachrichten angemeldet haben.



Die WAZ hat im Rahmen der

Sprechstunde ein kurzes Interview mit mir geführt. Auch das war in dieser Form eine Premiere für mich. Das Interview ist hier nachzulesen: <http://t1p.de/8mff>  
Die Anmeldung für meinen Whatsapp-Dienst ist übrigens ganz einfach. Eine kurze Anleitung findet ihr auf meiner Internetseite: [www.philipp-fuer-duisburg.de/whatsapp](http://www.philipp-fuer-duisburg.de/whatsapp)

## Milliarden für Schulsanierungen in den Kommunen

### Hannelore Kraft kündigt Milliarden-Investitionsprogramm "Gute Schule 2020" an

Mit dem Programm "Gute Schule 2020" werden in Partnerschaft mit der NRW-Bank zwei Milliarden Euro für die Sanierung und den Ausbau von Schulen mobilisiert. Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt das Konzept und unterstützt es ganz ausdrücklich. Dabei

gibt es nur Gewinner: Die Kommunen profitieren, weil ihnen durch Übernahme der Tilgung durch das Land kostenlos Geld zur Verfügung gestellt wird. Und natürlich profitieren die Schülerinnen und Schüler. Für ihren Unterricht werden die Schulen im gan-

zen Land modernisiert. Seit dem Jahr 2010 wurden bereits 170 Milliarden Euro in die Bildung gesteckt - das sind rund 30 Prozent der Landesausgaben. Damit hält die SPD Wort: Wir investieren in Bildung und sind ein starker Partner für die Kommunen.

# Fraktion vor Ort: Vom Flüchtling zum Nachbarn

## Integrationsplan für NRW in der Jugendherberge am Sportpark vorgestellt

Auf großes Interesse stieß die Veranstaltung „Vom Flüchtling zum Nachbarn – Unser Integrationsplan für NRW“, zu der ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Ralf Jäger am 6. Juni in die Jugendherberge am Sportpark geladen hatte.



Einen thematischen Einstieg gab zunächst mein Landtagskollege Ibrahim Yetim aus Moers, der als integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion in seinem Referat die fünf Eckpunkte „Sprache, Integration, Qualifizierung, Zusammenleben und starke Zivilge-

sellschaft“ des Integrationsplans für NRW detailliert vorstellte. Dabei wurde deutlich: Nach der historischen Herausforderung, die zu uns kommenden Menschen zu versorgen und gut unterzubringen, steht mit der Integration die eigentlich große Aufgabe noch bevor.

Marijo Terzic, Leiter des kommunalen Integrationszentrums berichtete in seinem Redebeitrag über die aktuelle Situation in Duisburg. Von den 6632 Flüchtlingen in unserer Stadt seien über die Hälfte in Wohnungen untergebracht. Nach dem von Oberbürgermeister Sören Link initiierten „Runden Tisch Asyl“ gebe es sechs kommunale Handlungsfelder, die die Integrationsmaßnahmen vor Ort inhaltlich ordnen sollen. Mit der Zuwanderung aus Südosteuropa nach Duisburg bestehe ein

weiterer Handlungsschwerpunkt in der Integrationsarbeit. Auch



deshalb ist es wichtig, dass Duisburg aus dem Landesprogramm „Komm-An“ jeweils rund 181.000 Euro in diesem und nächsten Jahr zur Unterstützung der Flüchtlingshilfe bekommt.

In der anschließenden Diskussion wurden u.a. Fragen nach dem Angebot von Sprachkursen, Arbeitsplätzen oder der Gesundheitsversorgung der zu uns kommenden Menschen thematisiert. Ebenfalls thematisiert wurden Fluchtursachen und die Politik der EU.

## DiskutierBar: Gewaltbereiter Extremismus

### Burkhard Freier, Leiter des NRW Verfassungsschutzes, zu Gast in Neudorf

Einen hoch spannenden Einblick in die Arbeit des NRW Verfassungsschutzes gewährte Burkhard Freier, der im Rahmen meiner neuen Veranstaltungsreihe DiskutierBar am 14. Juni, im Tectrum in Neudorf zu Gast war. Diskussionsstoff gab es reichlich: Freier berichtete von der Radikalisierung gewaltbereiter Extremisten und den Präventionsstrategien seines Hauses. Die Herausforderungen für den Verfassungs-



schutz sind dabei vielfältig: So bedeuten hunderte Rückkehrer aus der syrischen und irakischen Kriegsregion, die sich dort dem Kampf des sogenannten Islami-

schen Staats angeschlossen haben, ebenso eine immense Herausforderung, wie die gestiegene Anzahl an Gewalttaten mit rechtsextremen Hintergrund. In der anschließenden Diskussion mit dem interessierten Publikum wurde deutlich, dass Duisburg zwar nicht in besonderem Fokus der Behörde steht, für einen Ballungsraum übliche Schwierigkeiten aber durchaus auch in unserer Stadt vorhanden sind.

## Fraktion im Dialog

### Die SPD Landtagsfraktion zu Gast auf dem Michaelplatz

Wie wird man Mitglied des Landtags? Wie arbeitet die Fraktion? Und wie entsteht ein Gesetz?

Michaelplatz in Wanheimerort am vergangenen Samstag, 11. Juni. Im Rahmen der Feierlichkeiten zu

tag. Anhand der politischen Arbeitsschwerpunkte der SPD Fraktion—unter anderem in den Bereichen „Beste Bildung“, „Starke Wirtschaft“ und „Lebenswertes Zuhause“ - konnten sich alle Interessierten informieren und auch selbst aktiv werden. Von Informationselementen über Abstimmungssäulen bis hin zu einem Spieltisch zur Quartierspolitik für Kinder, stand die Beschäftigung mit der parlamentarischen Arbeit der Fraktion im Mittelpunkt.



Diese und weitere Fragen waren Thema bei der Veranstaltung „Fraktion im Dialog“ auf dem



175 Jahren Wanheimerort präsentierte ich meine Arbeit im Land-

## Besuch bei der GfB

### Im Rahmen der Themenwoche „Vorsorgender Sozialstaat“ unterwegs in Duisburg

Für den Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen, Chancengleichheit erreichen, Teilhabe für alle ermöglichen: so lautete das Motto der landesweiten Themenwoche „Vorsorgender Sozialstaat“ der NRWSPD vom 17. bis zum 27. Mai 2016. Gemeinsam mit meinen Duisburger Landtagskollegen Frank Börner und Rainer Bischoff besuchte ich in diesem Rahmen die Gemeinnützige Gesellschaft

für Beschäftigungsförderung mbH (GfB) in Duisburg. Die Maßnahme, die wir uns an diesem Tag gemeinsam angesehen haben, nennt sich „Orientierung und Aktivierung“. Zielgruppe sind Menschen über 25 Jahre, die arbeitslos bzw. von Arbeitslosigkeit bedroht sind oder auch über keine Ausbildung verfügen. Ziel ist es, diese Personen in langfristige Beschäftigung zu bringen und

ihnen anhand eines individuell angepassten Coachings, ihre Möglichkeiten und Perspektiven



aufzuzeigen.

## Unterwegs in Duisburg...



..bei den Duisburger Segeltagen mit Beate und Dieter Lieske



..mit Mahmut Özdemir MdB beim Parkfest in Rheinhausen



..bei der Veranstaltung „Stadt ist Heimat“ im Ratskeller Hamborn

# Ruhrkonferenz: Tradition neu denken

**"Bei uns im Ruhrgebiet hat das Potential ein Zuhause."**



Die Ruhrkonferenz in Duisburg war ein gelungener Auftakt für einen Gedankenaustausch zu den vielfältigen Themen, die die Metropolregion Ruhr als Ganzes betreffen. In den Reden von Martin Schulz, Garrelt Duin und Michael Groschek und den Anmerkungen des Publikums gab es viele interessante Ideen. Hier ist das Positionspapier der SPD: <http://t1p.de/i67z>



## Strafverfolgung von Intensivtätern

### Duisburg ein Stück weit sicherer machen

Die Staatsanwaltschaft und das Polizeipräsidium in Duisburg gehen im Rahmen einer Vereinbarung gezielt gegen erwachsene Intensivtäter und Intensivtäterinnen vor. Die Landesregierung hat jetzt im Rechtsausschuss des Landtags einen Bericht zu der abgestimmten Strafverfolgung vorgestellt.

Ich begrüße dieses Vorgehen bei der Strafverfolgung von erwachsenen Intensivtätern in unserer Stadt und die enge Kooperation der Behörden sehr. Dies ist ein

wichtiger Schritt bei der Kriminalitätsbekämpfung. Dabei wird schon bei jugendlichen Tätern bewährte Herangehensweise auf alle Intensivtäter übertragen. Die zentrale Bearbeitung der Verfahren gegen Personen, die eine besonders hohe kriminelle Energie oder eine erhöhte Gewaltbereitschaft gezeigt haben, ermöglicht einen besseren Überblick über deren „Sündenregister“ und zeitnah entsprechende Maßnahmen.

Die Behörden führen dazu fortlaufend eine aktualisierte Liste, die

neben den Personaldaten auch klar die Zuständigkeiten bei den Sachbearbeitern regelt. Außerdem sind grundsätzlich Personen bei der Polizei mit den Fällen vertraut, die im Umgang mit Intensivtätern erfahren sind.

Mit dem Einsatz eines Sonderdezernenten für Intensivtäter bei der Staatsanwaltschaft wird zusätzlich gewährleistet, dass die Strafverfolgung zielgerichtet „aus einer Hand“ geschieht. Mit diesem gemeinsamen Projekt wird Duisburg ein Stück weit sicherer.

## Impressum

### Redaktion

Jascha Dröge  
 Carolin Kempfer  
 Marvin Rosenberger  
 Sarah Philipp

### V.i.S.d.P

Sarah Philipp, MdL

### Kontakt

Platz des Landtags 1  
 40221 Düsseldorf  
 Telefon: 02 11/884-26 62  
 Fax: 02 11/884-32 06  
 sarah.philipp@landtag.nrw.de

## Sarah Philipp...

### ...bei Facebook

fb.com/philippfuerduisburg

### ...bei Twitter

twitter.com/Philipp\_fuer\_DU

### ...im Internet

philipp-fuer-duisburg.de

### ...bei WhatsApp

0211/884 2661

## Meine Rubrik

### Buchtipp: Höllenritt Wahlkampf

Wenn am 14. Mai 2017 die Mitglieder des Landtags NRW für die kommende Legislaturperiode gewählt werden, werden anstrengende Wochen hinter uns liegen. Wem es bis zur heißen Phase im

kampf“ empfohlen. „Höllennritt“ ist dabei nicht abwertend gemeint. Vielmehr beschreibt Stauss, der als einer der erfolgreichsten Werber bereits über 20 Wahlkämpfe im In- und Ausland begleitet hat, was für ihn die Faszination Wahlkampf ausmacht. Er gewährt dabei spannende Einblicke in den Maschinenraum der Bundestagswahlkampagnen von Gerhard Schröder sowie Peer Steinbrück und bringt dem Leser nahe, wie Wahlkampf heute funktionieren muss. Kurzweilig bis launig geschrieben ist der Bericht von Genosse Stauss einwenn auch nicht mehr ganz druckfrischer—heißer Tipp für den anstehenden Sommerurlaub.



kommenden Jahr noch zu lange hin ist, dem sei das Buch von Frank Stauss „Höllennritt Wahl-



## Parlamentarisches Lexikon: V wie Volksbegehren

Neben der Wahl sind Volksbegehren ausdrücklich in der Landesverfassung aufgeführte Mittel der politischen Willensbekundung des Volkes. Mit beiden Instrumenten können die Bürgerinnen und Bürger des Landes unmittelbar an der Gesetzgebung teilnehmen. Mit dem Volksbegehren können Bürgerinnen und Bürger ihr Verlangen äußern, ein Gesetz zu er-

lassen, zu ändern oder aufzuheben. Gegenstand des Begehrens muss ein förmliches Gesetz sein, für das dem Land die Gesetzgebungszuständigkeit zusteht. Nicht zulässig sind Volksbegehren über Finanzfragen, Abgaben, Besoldungsordnungen und Staatsverträge. Volksbegehren sind an bestimmte gesetzlich geregelte Verfahren gebunden. So bedarf



das Volksbegehren der Unterstützung von 8 Prozent der Stimmberechtigten in NRW. Das entspricht etwa 1 Millionen Menschen.